

Da mahnte sogar Spaniens Notenbankpräsident: „Möge jeder der Sozialpartner seine Verantwortung übernehmen.“

Doch die Unternehmensgemeinschaft scheint nicht bereit, Zugeständnisse zu machen: „Nicht einmal wenn die Streitkräfte eingriffen, würden wir die Bildung von Investitionsfonds hinnehmen, die aus Unternehmensgewinnen finanziert werden“, drohte José María Cuevas, Präsident des Arbeitgeberverbands.

Im Frühsommer hatten Premier González und die UGT-Führung die Anlage derartiger Reserven zur Schaffung von Arbeitsplätzen nach schwedischem Muster erörtert. Es blieb jedoch bei Projekten.

2,76 Millionen Arbeitslose sind das drückendste Problem des Landes. Zwar wurden in den vergangenen drei Jahren mehr als eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen, doch Frauen und Jugendliche drängen verstärkt auf den Arbeitsmarkt. 18,7 Prozent der aktiven Bevölkerung suchen gegenwärtig eine Stellung.

Ein Regierungsplan zur Beschäftigung Jugendlicher durch Zeitverträge ließ den aufgestauten Unmut der Gewerkschaften zum offenen Protest werden. Die Regierung wollte mit diesem Sofortprogramm Jugendlichen eine Chance bieten, Arbeitspraxis zu erwerben.

1,3 Millionen junge Menschen sind gegenwärtig ohne Beschäftigung, 825 000 von ihnen hatten gar nie Arbeit. Der Plan sah vor, alle nicht studierenden 16- bis 25jährigen für maximal 18 Monate bei einem Gehalt von etwa 600 Mark zu beschäftigen.

Sämtliche Gewerkschaften weigerten sich, über eine solche Niedriglohn-Klasse auch nur zu diskutieren. Die UGT genauso wie die CCOO sehen darin nur eine Begünstigung der Unternehmer durch billige Arbeitskräfte, nicht aber die geforderte Schaffung von Jobs. Deswegen vor allem riefen sie zum Streik auf.

„Die Mobilisierung richtet sich frontal gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und die wirtschaftliche Rechte“, bekräftigte Julián Ariza vom Sekretariat der CCOO. „Wir stehen vor einer politischen Konfrontation seitens der Gewerkschaften, die den Platz der Opposition einnehmen wollen“, konterte Arbeitsminister Manuel Chaves.

Populärster Gegner des populären González ist der Parteigenosse Nicolás Redondo, Chef der UGT. Hart warf er den sozialistischen Ministern vor, sie allein seien für die „Politisierung“ der



Premier González, Gewerkschafter Redondo
Aus Gefährten wurden Gegner

Streikaktion verantwortlich. Dieser Gewerkschaftskämpfer mit vielen Haftstrafen aus der Franco-Zeit genießt Sympathien unter den Spaniern, die in ihm so etwas wie das sozialistische Gewissen der Partei sehen.

Bislang hatte Redondo hauptsächlich Gewerkschafter und nicht Politiker sein wollen. Deshalb schlug er 1974 auf dem Exil-Parteitag der PSOE in Suresnes bei Paris den ihm angetragenen Parteivorsitz aus und empfahl den jungen Felipe González.

Nun hat der Wirtschaftskurs der Regierung González aus den Weg- und Kampfgefährten scharfe Gegner gemacht. Im Herbst vergangenen Jahres gab Redondo nach zehnjähriger Parlamentszugehörigkeit sein Mandat aus Protest ab. In einer Fernsehdebatte machte er jetzt seiner Erbitterung Luft, als er dem Wirtschafts- und Finanzminister Carlos Solchaga zurief: „Carlos, du sitzt im falschen Graben!“

Völlige Autonomie, die klare innere und äußere Trennung von der Regierungspartei, soll nun der UGT den Spielraum verschaffen, den sie bisher aus Verbundenheit zu den Genossen in den Ministerien nicht nutzen wollte. Viele Gewerkschafter hatten die UGT als bloßen Transmissionsriemen der Regierung erlebt und waren ausgetreten, so daß die Gewerkschaft bei den letzten Betriebswahlen schwere Verluste einstecken mußte.

Mit dem Generalstreik vom vergangenen Mittwoch wollte Redondo gemeinsam mit allen Arbeitnehmerorganisationen die „Dampfwalze“ einer „überheblichen und arroganten“ Regierung stoppen. Obwohl nur etwa zehn bis elf Prozent der Arbeitenden gewerkschaftlich organisiert sind, legten etwa 75 Prozent der Spanier die Arbeit nieder. Da die öffentlichen Verkehrsmittel ausfielen,

konnten auch viele Arbeitswillige ihre Betriebe nicht erreichen.

Symbolwirkung hatte der Streik der Fußballer, die am Liga-Mittwoch das Spiel verweigerten. Dazu die Publikums-liebhaber Emilio Butragueño und José Miguel González „Michel“ von Real Madrid: „Wir streiken aus Solidarität, denn wir sind auch Arbeiter.“

GROSSBRITANNIEN

Wie Vieh

Unglücke, Überfüllung, Kriminalität – das öffentliche Verkehrswesen von London droht zusammenzubrechen.

Einige hundert Meter vor dem Verkehrsknotenpunkt „Clapham Junction“ im Südwesten Londons merkte Lokführer Alex McClymont, daß etwas nicht stimmte: Die Signale an der Strecke flackerten wie Leuchtreklame: Rot-Gelb-Grün, Rot-Gelb-Grün, Rot-Gelb-Grün.

McClymont zog die Bremse und stoppte seinen 7.18-Uhr-Zug aus Basingstoke. Weil der Zug – wie in England üblich – nicht mit Sprechfunk ausgerüstet war, wollte der Lokführer die Signalstörung von einem Diensttelefon am Bahnkörper der Zentrale melden. In



Unglücksort Clapham Junction
50 Jahre alte Signale

dem Augenblick raste der um 6.30 Uhr im Seebad Bournemouth gestartete Express ins Heck des stehenden Zuges und schleuderte die letzten Wagen aus den Schienen. In das Gewirr von Stahl und Blech krachte Sekunden später ein auf dem Parallelgleis verkehrender Gegenzug aus London.

Die Kastastrophe vom vergangenen Montag forderte 33 Menschenleben – und verschärfte die „Vertrauenskrise“ (so Labour-Sprecher John Prescott) der Londoner gegenüber ihrem aus Untergrundbahnen der London Regional Transport und den Eisenbahnzügen der British Rail bestehenden Verkehrssystem.

Das Zugunglück von Clapham ereignete sich nur ein Jahr nach dem U-Bahn-Brand von King's Cross, bei dem 31 Menschen umgekommen waren. „King's Cross, ein schäbiger, schmutziger, mit Abfällen übersäter Bahnhof, wurde ein Symbol für heraufziehendes Desaster“, schrieb der liberale „Guardian“, „Clapham Junction könnte eine ähnliche Bedeutung gewinnen.“

In King's Cross brannte eine 50 Jahre alte Rolltreppe aus Holz. Vor Clapham, dem Bahnknotenpunkt mit der größten Verkehrsdichte Europas, wurden gerade die 50 Jahre alten Signale gegen computergesteuerte neue ausgetauscht, als die Züge ineinanderrasten. Nach Jahrzehnten, in denen die Briten kaum etwas in ihr Signalsystem investierten, gibt die Bahnverwaltung jetzt endlich 20 Millionen Pfund für die Modernisierung aus.

Die veraltete U-Bahn geriet indes erneut in die Schlagzeilen. Auf Londoner Untergrundstationen ereigneten sich in der Woche vor dem Clapham-Unglück an drei Tagen zwei Morde und ein Mordversuch, Höhepunkt einer ungewöhnlichen Verbrechenswelle.

Bis Ende September hatten Fahrgäste 18 383 Vergehen – vom Taschendiebstahl bis zum Totschlag – gemeldet, ein Rekord. 1986 waren es noch knapp 16 000 Fälle gewesen. Zeitungen rufen nach Bürgerschutz-Gruppen wie den New Yorker „Guardian Angels“.

Bei der Eisenbahn demonstrierten als Sardinen verkleidete Betriebsangehörige gegen überfüllte und verspätete Züge unter dem Motto „Mehr Züge und mehr Personal“, sie sammelten Unterschriften von Reisenden, die in überfüllten Abteilen in London ankamen: Ein Pendelzug mit 360 Sitzplätzen aus West Croydon brachte 400 stehende Fahrgäste zur Endstation London Bridge – im British-Rail-Jargon ein „Belastungsfaktor von 211 Prozent“.

Ken Cameron, Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehrlaute, stellte fest, daß „Menschen wie Vieh verfrachtet“ werden.

Aber was tun? 1983 strömten in Spitzenzeiten 385 000 Pendler in die Londoner Vorortzüge. Vergangenes Jahr waren es schon 445 000, und die Zahl steigt

weiter. Die U-Bahn erwartet in den kommenden fünf Jahren zehn Prozent mehr Fahrgäste. Doch die zur Verfügung stehenden Gelder werden bestenfalls ausreichen, um sieben Prozent mehr Kapazität zu schaffen.

Dabei sind Untergrundfahrten in Stoßzeiten heute schon ein Alptraum. In den oft über 100 Jahre alten, schmalen Gängen drängen sich Zigtausende. Oft keuchen sie atemlos ans Tageslicht, weil zahlreiche Rolltreppen ausfallen. Seit dem King's-Cross-Desaster darf nicht mehr geraucht werden, das bedeutet zwar weniger Kippen – der Unrat stapelt sich dennoch.

Die Menschen in den Untergrund- und Vorortzügen haben keine Alternative. Denn der Straßenverkehr in London bewegt sich immer langsamer und kommt zum Stillstand, wenn etwa Stu-

FRANKREICH

Wieherndes Volk

1793 wurde er geköpft, doch 1988 freigesprochen – der arme König Ludwig XVI.

Freispruch, Verbannung oder Tod für einen König – Anruf genügte über die Telefonnummer 42903030 (für Todesstrafe) oder 42489090 (für Freispruch) oder aber über Minitel, die französische Version von Btx.

Rund 120 000 Franzosen langten am vergangenen Montagabend zu, und gegen Mitternacht stand Volkes Wille zum bevorstehenden 200. Geburtstag der Französischen Revolution fest: 55 Prozent der Zuschauer sprachen Ludwig



Fernseh-König Ludwig XVI. (M.), Revolutionsgardisten: „Nein zu diesem Zirkus“

den demonstrieren oder ein Staatsbesucher durch die City eskortiert wird.

„Das Verkehrswesen der ganzen Region kann zusammenbrechen“, warnt der Interessenverband der London-Pendler. Im Parlament kritisierte der Tory-Abgeordnete Robert Adley die Verkehrspolitik seiner Regierung: „Wir sollten aufhören, ein 150 Jahre altes Bahnsystem immer wieder notdürftig zusammenzuflicken.“ Statt krampfhaft zu versuchen, Gewinne zu erwirtschaften, sollten Untergrund- und Eisenbahn mit Staatshilfe großzügig für die Zukunft investieren.

Die Zukunft läßt noch Schlimmeres befürchten: Londons U-Bahn mußte im Finanzjahr 1987/88 mit 70 Prozent weniger Subventionen auskommen als 1984. Und British Rail wird im englischen Südosten im nächsten Jahr nur 155 Millionen Pfund zur Verfügung haben – nicht einmal halb soviel Geld wie vor fünf Jahren.

XVI. nachträglich frei, 17,5 Prozent wollten ihn außer Landes schicken.

Immerhin 27,5 Prozent aber bestätigten erbarmungslos, was dem Bourbonen am 21. Januar 1793 tatsächlich widerfahren war: Er wurde auf der heutigen Place de la Concorde in Paris im Alter von nur 39 Jahren mit der Guillotine geköpft. Neun Monate später ereilte seine Königin, die Österreicherin Marie-Antoinette, dasselbe Schicksal.

Frankreichs größtes, noch heute umstrittenes Königsdrama als TV-Spektakel, der Urteilspruch per Telefon- und Computerakklamation wie bei einem Schlagerwettbewerb – das Revolutionsland im Revolutionsrausch. „Nein zu diesem Zirkus“, donnerte da der Philosoph Alain Finkielkraut.

Die Tele-Nacht ließ ahnen, welche Absonderlichkeiten die Welt von den Revolutionsfeiern des nächsten Jahres noch zu erwarten hat – schon jetzt sind 8000 Veranstaltungen angemeldet.